



Deutsche Schmerzgesellschaft e.V.
Sektion der International Association for the Study of Pain (IASP)

Pressemitteilung:

Unnötige Schmerzen vermindern!

Deutsche Schmerzgesellschaft: Arbeitsprogramm der Bundesregierung bietet Chancen zur Verbesserung der schmerztherapeutischen Versorgung

Berlin, 20. Dezember 2013. Anlässlich der Aufnahme der Regierungsgeschäfte durch die neue Bundesregierung hofft die Deutsche Schmerzgesellschaft, dass die große Koalition mit Kraft das Leid mehrerer Millionen Bürgerinnen und Bürger, die sich derzeit mit oftmals unnötigen Schmerzen plagen, in den nächsten Jahren lindern hilft.

„Schmerz hat inzwischen de-facto den Charakter einer Volkskrankheit erreicht. Patientinnen und Patienten irren oftmals jahrelang im Gesundheitswesen umher, bevor sie Zugang zu einer guten und richtigen Therapie erhalten. Qualität und Transparenz über Versorgungsangebote sind zudem lückenhaft. Ein abgestimmtes Vorgehen auf Bundes- und Länderebene sowie zwischen den unterschiedlichen Akteuren des Gesundheitswesens ist nötig.“, so Prof. Dr. Dr. Thomas R. Tölle, Präsident der Deutschen Schmerzgesellschaft e.V.

Der Koalitionsvertrag greift erste wichtige Punkte auf. Beispielhaft seien genannt: Die Diskussion über strukturierte Behandlungsprogramme für chronisch Kranke zur Behandlung von Rückenleiden, Ausbau der Versorgungsforschung und Qualitätssicherung, Möglichkeit der Zweitmeinung, Erarbeitung einer Substitutionsliste nicht austauschbarer Medikamente, Verbesserung der Rahmenbedingungen der integrierten Versorgung, Stärkung der ärztlichen Weiterbildung in allen grundversorgenden Fachgebieten, Erarbeitung eines Gesetzes zur Stärkung der Prävention und Gesundheitsförderung.

Die Deutsche Schmerzgesellschaft erneuert an die Gesundheitspolitik ihren Vorschlag, diese Legislaturperiode auch dafür zu nutzen, die vielfältigen Einzelmaßnahmen in einem umfassenderen Aktionsplan gegen den Schmerz zu bündeln und diesbezüglich beispielsweise auch auf Fachebene des Bundes und der Länder eine spezifische Arbeitsgruppe einzurichten. Ebenfalls mit dem Ziel einer Gemeinschaftsaktion führt die Deutsche Schmerzgesellschaft in Kooperation mit anderen Fachgesellschaften das **1. Nationale Schmerzforum am 17. September 2014** in Berlin durch. Zusammen mit dem **Nationalen Aktionstag gegen den Schmerz am 3. Juni 2014** sollen so bei Patienten, Behandlern und politischen Meinungsbildern mehr Bewusstsein geschaffen und alle Kräfte für eine Verbesserung der Situation und Versorgung der Schmerzpatienten mobilisiert werden.

Weitere Informationen zum Themenfeld entnehmen Sie bitte der Homepage der Deutschen Schmerzgesellschaft www.dgss.org. Lesen Sie gerne auch die Antwort der Bundesregierung vom Herbst 2013 (BT-Drucksache 17/14631) auf die kleine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema „Versorgungslage chronisch schmerzkranker Menschen“ und bezüglich der Defizite der Akutschmerzversorgung in Krankenhäusern den offiziellen HAT-Bericht 126 des DIMDI im Geschäftsbereich des Bundesgesundheitsministeriums.

Ansprechpartner für die Presse / Fachöffentlichkeit:

Thomas Isenberg, Geschäftsführer der Deutschen Schmerzgesellschaft e.V.
Deutsche Schmerzgesellschaft e.V., Bundesgeschäftsstelle, Alt-Moabit 101 b, 10559 Berlin
Telefon: 030-39409689-1, Funktel: 0171-7831155, Fax: 030-39409689-9
isenberg@dgss.org sowie www.dgss.org

Die Deutsche Schmerzgesellschaft e. V ist mit über 3.400 Mitgliedern die größte wissenschaftliche Schmerzgesellschaft Europas. Sie ist Mitglied in der AWMF (Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften) sowie in der IASP (International Association for the Study of Pain). Menschen mit chronischen Schmerzen werden zum großen Teil unzureichend behandelt und warten oftmals mehrere Jahre, bevor sie eine angemessene Behandlung erhalten. 6 – 8 Prozent der Gesundheitsausgaben entfallen auf „chronische Schmerzen“, die volkswirtschaftliche Belastung, u.a. von Arbeitsunfähigkeit etc. beläuft sich auf 20 bis 30 Mrd. Euro jährlich.